



Dr. Eva Högl

Mitglied des Deutschen Bundestages

Mitglied im Europaausschuss

Mitglied im Rechtsausschuss

Berlin, 20. Oktober 2010

Eva Högl fordert längeren Mutterschutz für Deutschland

Zur heutigen Abstimmung im Europäischen Parlament über eine Änderung der Mutterschutzrichtlinie erklärt Dr. Eva Högl, stellvertretende europapolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion:

Das Europäische Parlament hat heute mit deutlicher Mehrheit für eine Änderung der Mutterschutzrichtlinie gestimmt. Der angenommene Vorschlag des Ausschusses für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) sieht vor, die Mutterschutzzeit von mindestens 14 auf mindestens 20 Wochen zu verlängern bei Fortzahlung des durchschnittlichen Monatsentgelts.

Ein längerer Mutterschutz würde für die Frauen in Deutschland einen noch besseren Gesundheitsschutz, eine Ausweitung des Anspruchs auf Mutterschaftsgeld und einen längeren Schutz durch das Mutterschutzgesetz bedeuten. Damit wäre außerdem eine gezielte Unterstützung von Alleinerziehenden möglich. Viele Frauen haben in den Wochen nach der Geburt eines Kindes außerordentliche Belastungen zu bewältigen, alleinerziehende Mütter sind hier in besonderem Maße betroffen. Eine Verlängerung der Schutzfrist in Deutschland von 14 auf 20 Wochen findet daher meine ausdrückliche Unterstützung.

Auch Frauen, die beabsichtigen, kurz nach der Geburt wieder in den Beruf zurückzukehren, profitieren von einer verlängerten Schutzfrist. Wichtig ist, dass eine Verlängerung der Mutterschutzfrist nicht so auf das Elterngeld angerechnet wird, dass eine einseitige Ausweitung der Partnermonate auf Frauen stattfindet. Der Mutterschutz orientiert sich in erster Linie an gesundheitlichen Erwägungen, während das Elterngeld insbesondere sozial- und beschäftigungspolitisch motiviert ist. Hier muss eine klare Trennung erhalten bleiben.

Dr. Eva Högl, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-79023

Fax: +49 30 227-76035

Email: eva.hoegl@bundestag.de

PRESSEMITTEILUNG